Wie viel gibt Deutschland für Verteidigung aus?

2026 plant der Bund gut 108 Milliarden Euro für die Bundeswehr ein; nach der breiteren NATO-Rechnung kommt Deutschland auf 2,69 % der Wirtschaftsleistung.

Für 2027 stehen knapp 140 Milliarden Euro im Entwurf, die größte Summe seit dem Ende des Kalten Kriegs. Im Umlauf sind drei Zahlen: der reguläre Etat, Etat plus Sondervermögen und die NATO-Quote. Alle drei stimmen, sie zählen nur Verschiedenes.

Drei Zahlen, drei Rechnungen

- **Verteidigungsetat (Einzelplan 14):** der reguläre Haushalt des Verteidigungsministeriums. 2025 waren es 62,43 Milliarden Euro, 2026 sind es 82,69 Milliarden, der Entwurf für 2027 sieht 109,7 Milliarden vor.
- **Sondervermögen Bundeswehr:** der 2022 im Grundgesetz verankerte Sondertopf von bis zu 100 Milliarden Euro mit eigener Kreditermächtigung. Eingeplant waren daraus 24,06 Milliarden für 2025 und 25,51 Milliarden für 2026; für 2027 sind 29,9 Milliarden vorgesehen.
- **NATO-Quote:** Die NATO zählt breiter als der Bundeshaushalt, etwa auch Pensionen, gleich aus welchem Ministerium sie kommen. Nach ihrer Definition lagen Deutschlands Ausgaben im Jahr 2024 bei 86,6 Milliarden Euro, 2,00 % des BIP. Für 2025 schätzt sie 99,3 Milliarden (2,22 %), für 2026 124,7 Milliarden (2,69 %).

Etat und Sondervermögen zusammen ergeben gut 86 Milliarden Euro für 2025, gut 108 Milliarden für 2026 und im Entwurf rund 139,6 Milliarden für 2027. Über den Haushalt 2027 stimmt der Bundestag im November ab. Die Militärhilfe für die Ukraine läuft getrennt davon: rund 11,5 Milliarden Euro 2026, geplant rund 11,6 Milliarden 2027.

Die Ausnahme von der Schuldenbremse

Am 18. März 2025 änderte der alte Bundestag mit 512 zu 206 Stimmen das Grundgesetz. Seitdem sind Ausgaben für Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste, IT-Sicherheit und Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten von der Schuldenbremse ausgenommen, soweit sie 1 % des BIP übersteigen. Was darüber liegt, darf der Bund mit Krediten bezahlen. Das Sondervermögen ist ohnehin kreditfinanziert.

Das erklärt, wie der Sprung möglich wurde. Es heißt aber auch: Ein großer Teil der neuen Verteidigungsausgaben ist geliehen, und die Zinsen dafür tragen künftige Haushalte.

Der Weg zu 3,5 %

Auf dem Gipfel in Den Haag haben die NATO-Staaten im Juni 2025 vereinbart, spätestens ab 2035 jährlich 5 % ihrer Wirtschaftsleistung für Sicherheit auszugeben: 3,5 % für die Verteidigung im engeren Sinn und bis zu 1,5 % für Resilienz und Infrastruktur. Die Bundesregierung will die 3,5 % schon 2029 erreichen, sechs Jahre früher als verlangt. Der Etat des Verteidigungsministeriums soll dann nach dem Finanzplan vom August 2026 bei rund 163 Milliarden Euro liegen, im Herbst 2025 waren noch rund 152 Milliarden geplant. In die Quote zählen auch Ausgaben anderer Ministerien, etwa für militärisch notwendige Bauten. Was das pro Haushalt bedeutet, rechnet Was bedeuten 3,5 % für Verteidigung – in Euro? vor.

Was das Geld kauft

Als Verwendungszwecke nennt das Ministerium Material, Ausrüstung, Großgerät, Infrastruktur und mehr Personal. Einige Projekte sind schon sichtbar: F-35-Kampfjets für den Fliegerhorst Büchel, 60 Transporthubschrauber CH-47F für den Standort Holzdorf/Schönewalde, acht Seefernaufklärer P-8A Poseidon für Nordholz und das Raketenabwehrsystem Arrow 3.

Beim Personal soll die Bundeswehr bis 2035 auf über 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten wachsen; Anfang Oktober 2026 waren es erstmals über 190.000. Ob all das reicht, damit Deutschland sich verteidigen kann, ist eine andere Frage; ihr geht Könnte sich Deutschland allein verteidigen? nach.

Mehr Geld, aber keine Führungsrolle

Die Mehrheit trägt den Kurs. Im ZDF-Politbarometer vom Juni 2025 befürworteten 65 % eine deutliche Erhöhung bis zum NATO-Ziel, 30 % waren dagegen; im Westen 68 %, im Osten 49 %. In der Körber-Umfrage vom Herbst 2025 unterstützten 72 % eine Verdopplung der Ausgaben in zehn Jahren. Zugleich lehnten 61 % eine militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa ab.

Beides passt zusammen. Deutschland soll mehr beitragen, aber nicht allein vorangehen. Das funktioniert am besten, wenn das deutsche Geld in eine gemeinsame europäische Planung fließt: in gemeinsam bestellte Systeme, abgestimmte Bestände und Verbände, die mit den Nachbarn zusammenpassen. Wie weit Europa davon entfernt ist, zeigen die Ausgaben der EU-Staaten und ihr gemeinsamer Einkauf.

Alle Fragen →

HÄUFIGE FRAGEN

Wie hoch ist der Verteidigungshaushalt 2026?
Im Einzelplan 14 stehen 82,69 Milliarden Euro, dazu kommen 25,51 Milliarden aus dem Sondervermögen Bundeswehr, zusammen gut 108 Milliarden. Der Bundestag hat den Haushalt am 28. November 2025 beschlossen. Die Militärhilfe für die Ukraine, rund 11,5 Milliarden Euro, steht gesondert im Haushalt.

Zählt die Ukraine-Hilfe zum Verteidigungsetat?
Nein, sie steht gesondert im Bundeshaushalt: rund 11,5 Milliarden Euro 2026, geplant rund 11,6 Milliarden 2027. Bei der NATO-Quote zählen direkte Beiträge für die Ukraine seit dem Gipfel von Den Haag dagegen mit.

Warum nennt die NATO höhere Zahlen?
Weil sie breiter zählt, zum Beispiel Pensionen unabhängig davon, welches Ministerium sie zahlt. Nach NATO-Definition gibt Deutschland 2026 geschätzt 124,7 Milliarden Euro aus, 2,69 % des BIP. Im Bundeshaushalt stehen für Etat und Sondervermögen zusammen gut 108 Milliarden. Beide Angaben stimmen, jede nach ihrer Regel.

Gilt die Schuldenbremse für Verteidigung?
Nur bis zu einer Grenze. Seit der Grundgesetzänderung vom März 2025 sind Ausgaben für Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste, IT-Sicherheit und Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten oberhalb von 1 % des BIP von der Schuldenbremse ausgenommen. Was darüber liegt, darf der Bund mit Krediten finanzieren.

Wann erreicht Deutschland 3,5 % des BIP?
Die Bundesregierung plant das für 2029, sechs Jahre vor der Frist, die die NATO-Staaten 2025 in Den Haag vereinbart haben. Der Etat des Verteidigungsministeriums soll dann nach dem Finanzplan vom August 2026 bei rund 163 Milliarden Euro liegen. In die 3,5 % zählen auch Ausgaben anderer Ministerien.

QUELLEN

- BMVg: Etat 2025 markiert Wende bei Verteidigungsausgaben (2025) – 2025: Einzelplan 14 62,43 Mrd. €, Sondervermögen 24,06 Mrd. €, zusammen über 86 Mrd. €
- BMVg: Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis (11/2025) – 2026: Einzelplan 14 82,69 Mrd. €, Sondervermögen 25,51 Mrd. €; 3,5 % des BIP schon 2029, Etat des Ministeriums dann rund 152 Mrd. €; in die 3,5 % zählen auch Ausgaben aus anderen Einzelplänen, etwa Leistungen für Soldaten und militärisch notwendige Bauten; Geld für Material, Ausrüstung, Großgerät, Infrastruktur und Personalaufwuchs
- Bundesregierung: Bundeshaushalt 2026 (11/2025) – Beschluss des Bundestags am 28.11.2025; Militärhilfe für die Ukraine gesondert, rund 11,5 Mrd. €
- Deutscher Bundestag: Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030, Drucksache 21/7301 (8/2026) – Einzelplan 14: 153,9 Mrd. € (2028), 162,9 Mrd. € (2029), 183,7 Mrd. € (2030); NATO-Quote erreicht 2029 3,5 % des BIP
- BMVg: Rekordetat für Verteidigung – Haushaltsdebatte (9/2026) – Entwurf 2027: regulärer Etat rund 110 Mrd. € (109,7), Sondervermögen rund 30 Mrd. € (29,9), knapp 140 Mrd. €, größte Summe seit Ende des Kalten Kriegs; Schlussabstimmung im November 2026
- Deutscher Bundestag: Erste Lesung Haushalt 2027, Einzelplan 14 (9/2026) – erste Lesung am 09.09.2026; Einzelplan 14: 109,7 Mrd. €, Sondervermögen 29,9 Mrd. €
- ZDFheute: Kabinett beschließt Haushaltsentwurf 2027 (7/2026) – Militärhilfe für die Ukraine 2027 rund 11,6 Mrd. €
- Grundgesetz, Art. 87a – Abs. 1a (eingefügt 2022): Sondervermögen Bundeswehr von bis zu 100 Mrd. € mit eigener Kreditermächtigung
- Grundgesetz, Art. 109 Grundgesetz, Art. 115 Deutscher Bundestag: Sondersitzung zur Grundgesetzänderung (3/2025) – 18.03.2025, 512 Ja, 206 Nein; Ausgaben für Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste, IT-Sicherheit und Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten oberhalb von 1 % des BIP von der Schuldenbremse ausgenommen
- NATO: Defence Investment of NATO Countries 2014–2026 (7/2026) – Deutschland: 86,6 Mrd. € = 2,00 % (2024), 99,3 Mrd. € = 2,22 % (2025, Schätzung), 124,7 Mrd. € = 2,69 % (2026, Schätzung); Definition S. 14 einschließlich Pensionen, gleich welches Ministerium zahlt; Stichtag 03.07.2026
- NATO: The Hague Summit Declaration (6/2025) – 5 % des BIP bis 2035: 3,5 % Kernverteidigung plus bis zu 1,5 % Resilienz und Infrastruktur; direkte Beiträge für die Verteidigung der Ukraine werden angerechnet
- Bundeswehr: Bauen mit Highspeed – Rüstungsprojekte und Infrastruktur (3/2025) – F-35A für das Taktische Luftwaffengeschwader 33 in Büchel (Infrastruktur bis 2027), 60 CH-47F in Holzdorf/Schönewalde, acht P-8A Poseidon in Nordholz, Arrow 3 in Holzdorf/Schönewalde
- Bundesregierung: Neuer attraktiver Wehrdienst beschlossen (12/2025) – Ziel bis 2035: über 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten, 200.000 Reservisten; BMVg: Bundeswehr erstmals über Aufwuchskorridor (10/2026) – Anfang Oktober 2026 über 190.000
- ZDF-Politbarometer, Forschungsgruppe Wahlen (6/2025) – 65 % für deutliche Erhöhung zum NATO-Ziel, 30 % dagegen; West 68 %, Ost 49 %
- Körber-Stiftung: The Berlin Pulse 2025, Pressemitteilung (11/2025) – 72 % für eine Verdopplung der Verteidigungsausgaben in zehn Jahren, 61 % gegen eine militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa (Forsa, 9/2025)